

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

275 (16.6.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

Eigentum und Verlag von
: : Ferdinand Thierrarzen : :
Verantwortlich: Für Politik:
A. Kimmig; für politische Nachrichten:
Dr. A. Maner; für badische Nachrichten:
I. S. Dr. O. Schömp; für Kommunal-
politik: A. Hinder; für Soziales und Sport:
A. Solbrenner; für das Kunstleben:
M. Lohde; für Oper und Konzert:
Christ. Dertle; für den Handelsteil:
Fritz Feld; für die Anzeigen: Ludwig
Meindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Verliner Redaktion: Dr. Kurt Meiner.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptredaktion: Kaiserstraße
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe
Nr. 8859. — Bellmann: Gold und
Silber / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Väter-Zeitung / Landwirtschaft.
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens
Karlsruhe, Donnerstag, den 16. Juni 1932.

Ausstakt in Lausanne.

Private Besprechungen der Staatsmänner / Die deutsche Delegation warnt vor Optimismus

Lausanne, 15. Juni. Reichsminister von Papen, Reichs-
außenminister von Neurath, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-
Krosigk und Reichswirtschaftsminister Warnecke sind
Mittwoch nachmittag mit dem scheidenden Reichspräsidenten
zur Lausanner Konferenz hier eingetroffen. Melchior
ist bereits vorher in Lausanne angekommen. Die deutsche Abord-
nung ist im „Saxon“-Hotel abgeblieben. Am Bahnhof waren von
den Schweizer Behörden strengste Absperremassnahmen getroffen
worden.

Die Stadt zeigt das bewegte Bild am Vorabend einer großen
diplomatischen Konferenz. Die großen Lausanner Hotels sind bis
auf den letzten Platz besetzt. Der Andrang der internationalen Presse
ist ungewöhnlich groß und übertrifft bei weitem die Teilnahme an
der Genfer Abrüstungskonferenz.

Die Tribunkonferenz hat am Mittwoch um 17.30 Uhr mit einer
Vorbesprechung ihren Anfang genommen, an der Reichsminister
von Papen, Reichsminister von Neurath, Reichsminister Donald
Serris, Grandi, der belgische Ministerpräsident Renclen
und der japanische Botschafter in Rom Yoshida teilnahmen.

Nach einer amtlichen Mitteilung nehmen an der Lausanner Kon-
ferenz achtzehn Mächte teil und zwar: Deutschland, England,
Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rumänien, die Tschechoslowakei,
Südafrika, Ungarn, Griechenland, Polen, Portugal, Kanada,
Australien, Neuseeland, Südafrika und Bolivien. Die österreichische
Regierung ist nicht eingeladen, da auf der Haager Konferenz die
österreichischen Reparationen bereits endgültig geregelt worden sind.
Die Sitzungen der Konferenz finden in dem altertümlichen Chateau
de Saclay statt.

Die Eröffnungssitzung wird im Hotel „Beaurivage“ am Don-
nerstag vormittag um 10 Uhr stattfinden. Ueber den Verlauf der
heutigen Nachmittagsitzung wird völliges Stillschweigen bewahrt.

Erklärungen der deutschen Minister.

Die verantwortlichen deutschen Minister auf der Lausanner Kon-
ferenz haben heute vor der deutschen Presse Erklärungen abgegeben.
Reichsminister von Papen betonte zunächst, es handle sich nicht
um die Frage, einen endgültigen Strich unter
das Reparationsproblem zu ziehen, vielmehr müßte dieses
Problem in seiner ganzen Tragweite sowie die Gesamtlage, in
der sich das gesamte Europa heute befindet, mit den übrigen Staats-
männern vertrauensvoll behandelt werden. Die gesamte Weltlage
sei heute von den Staatsmännern in der Konferenz zu überdenken.
Die Konferenz sei nicht einseitig, sondern eine Konferenz für die
gesamte Welt. Die Konferenz sei, einen endgültigen Aufbruch für
Deutschland und damit für das gesamte Europa zu finden. Die
heutigen ersten Besprechungen der einladenden Mächte seien plan-

mäßig und zufriedenstellend verlaufen. An die Eröffnungssitzung
würden sich zunächst private Besprechungen mit den übrigen
Staatsmännern anschließen. Am Freitag werde er jedoch in der
ersten Sitzung der Konferenz als Vertreter Deutschlands den Stand-
punkt der deutschen Regierung zu den in Frage kommenden Proble-
men darlegen.

Reichsminister Freiherr von Neurath erklärte so-
dann, daß Deutschland selbstverständlich versuchen werde, dem nation-
alen Interesse Deutschlands gerecht zu werden.

Ueber die Methoden könne vorläufig noch nichts gesagt
werden. Der optimistische Ton der ausländischen
Presse entspreche in keiner Weise der tatsächlichen
erkennten Lage. Wenn auch die Erkenntnis von der Unmöglich-
keit weiterer Reparationszahlungen Deutschlands allgemein durch-
gedrungen sei, sei es jedoch noch ein weiter Schritt bis zu deren offi-
ziellen Anerkennung. Der Reichsminister betonte, er teile
keineswegs den sich vielfach geltend machenden Optimismus, daß auf
der Lausanner Konferenz bereits in wenigen Tagen eine positive
Lösung erreicht werden könne.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk wies
sodann darauf hin, daß die letzte Notverordnung keines-
wegs eine endgültige Konsolidierung der Lage
bedeute. Vielmehr stelle die Notverordnung einen Versuch dar,
den drohenden laienmäßigen Zusammenbruch der öffentlichen Hand
hinzuzubringen. Die Notverordnung bedeute die beste Finanzierung
der Notlage Deutschlands und sei ein Beweis, daß an eine
weitere Reparationszahlung Deutschlands tatsächlich nicht mehr zu
denken sei. Es sei die Tragik aller bisherigen Konferenzen ge-
wesen, daß sie immer zu spät gekommen seien. Ob jetzt zur Ueber-
windung der Weltwirtschaftskrise die Regelung der Reparations-
frage allein genüge, sei fraglich.

Die deutsche Regierung werde daher gerade der Frage der wirt-
schaftlichen Probleme die größte Beachtung schenken müssen.
Die Regelung der Reparationsfrage sei zweifellos eine Voraus-
setzung für die Lösung der Wirtschaftsfrage.

Oberschlesien trauert.

15. Juni. Ganz Oberschlesien steht am heutigen
Mittwoch im Zeichen der stillen Trauer um die widerrechtliche Ab-
trennung wertvoller Landesteile, die vor zehn Jahren mit der
Uebergabe der Staatshoheit in Oberschlesien zur Tatfache wurde.
Alle öffentlichen und zahlreichen private Gebäude haben halbmäßig
gelagert. Auch von allen Gruben und Hütten wehen die Trauerfah-
nen. Um 12 Uhr ertönen aus allen Industriewerken die Sirenen,
während gleichzeitig in Stadt und Land das viertelstündige
Trauergeklänge aller Kirchenglocken begann. Arbeit
und Verkehr ruhen vielfach für kurze Zeit.

Land unterm Kreuz . . . Oberschlesien zehn Jahre polnisch.

Vor einigen Jahren ist ein Oberschlesier-Roman erschienen. Er
trägt den Titel „Land unterm Kreuz“. Durch diesen Titel wird
die Situation Oberschlesiens treffend gekennzeichnet. Fast könnte
man sagen Land unterm dreifachen Kreuz. Denn es ist
wirklich ein dreifaches Kreuz, das dieses Grenzland im Osten, das
nunmehr zehn Jahre unter polnischer Hoheit steht, zu tragen hat.
Ein wirtschaftliches, ein politisches und ein kulturelles Kreuz. Der
Zentenartag des Einzugs polnischer Truppen steht langames, un-
heimliches Sterben, zu dem die ostoberschlesische Industrie verurteilt
ist. Nicht weniger als 132 000 Arbeitslose zählt man im engeren
Industriebezirk bei etwas mehr als einer Million Einwohner. Aber
erst wenn man die Landgemeinden Ostoberschlesiens in Abzug bringt,
wird die ganze Größe dieses Elends sichtbar. Denn die Industrie-
städte — wie etwa Friedenshütte — haben achtzig, ja neunzig
Prozent an arbeitsloser Bevölkerung aufzuweisen. In solch nüch-
tern Zahlen offenbart sich die ganze Tragödie der Wirtschaft dieses
Landes, an die die Arbeitsnot deutscher Industriebezirke auch nicht
annähernd heranreicht. Hier zeigt sich in grellen Farben die
Wider Sinnigkeit der Grenzziehung, die der ostoberschlesischen
Industrie das frühere Absatzgebiet raubte, ohne daß neue
Märkte im Osten Polens geschaffen wurden. Dazu wird die Lage
erschwert durch das unermüdbare Bemühen der Warschauer Regie-
rung, der kongreßpolnischen Industrie auf die Beine zu helfen. Mit
ein Grund, daß die wirtschaftliche Vertändigung mit Deutschland,
auf die die ostoberschlesische Industrie wartet wie ein Verdursteter
auf einen Trunk, sabotiert wurde. Dabei vermögen die kulturell
wenig erschlossenen polnischen Ostgebiete kaum die Erzeugnisse der
kongreßpolnischen Industrie aufzunehmen.

Zu diesen 132 000 Arbeitslosen gesellt sich die bittere Tatsache,
daß der Oberschlesier zusehen muß, wie man ihn systematisch aus
allen Stellungen verdrängt, nicht nur aus den leitenden Posten
der Verwaltung, in denen schon seit Jahr und Tag kein Oberschlesier
sitzt, sondern auch aus den industriellen Arbeitsstätten. Das gegen-
wärtige Regime stützt sich vornehmlich auf jene aus Galizien und
Kongreßpolen Zugewanderten, die der Oberschlesier — auch hier
wiederum der polnisch sprechende — als durchaus landfremde Ele-
mente empfindet. Der Oberschlesier sieht sich auf der ganzen Linie
enttäuscht und zurückgesetzt, vor allem enttäuscht ist aber jener Kreis
von dem „Befreier Oberschlesiens“, dem ehemaligen Generalagenten
Polens während der Abstimmszeit, Wojciech Korzanty, ge-
formt wurde. Die Enttäuschung dieser Kreise ist zu gewaltig,
daß sie im Haß gepflückt aus dem die ungeheure politische
Spannung erwächst, die Ostoberschlesien heute in ihren Bann
schlägt. Dieses politische Kreuz formt sich nicht aus den politischen
Gegensätzlichkeiten zwischen Deutschen und Polen, sondern aus dem
Haß zwischen Polen und Polen. Korzanty hat nicht den
Lohn geerntet, den zu erwarten er allen Anspruch hatte. Nachdem
er von dem jetzigen Regime nicht nur aus dem politischen Leben
ausgeschaltet, sondern von den Blättern der Regierung geradezu
zum Staatsfeind gestempelt worden war, hat er in den Kasematten
von Breslau-Litowitz Gelegenheit gehabt, über die Segnungen, die
er vor mehr als einem Jahrzehnt dem ostoberschlesischen Volk versprochen,
nachzudenken. Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß Korzanty
einmal eine Korrektur seiner politischen Tätigkeit in Richtung gegen
den polnischen Staat unternehmen könnte, aber man kann unter
vier Augen bisweilen schon recht deutlich hören, daß die polnisch
sprechenden Oberschlesier heute schlimmer daran seien als einst in
den Zeiten „preußischer Unterdrückung“.

Das polnische Lager gleicht seit der Tätigkeit des aus Warschau
nach Oberschlesien gelangten Wojewoden Grazyński einem Trümmer-
haufen. Die schweren Gegensätze im polnischen Lager werden durch
nichts stärker charakterisiert als durch die mühsam und künstlich auf-
gezogenen „Feiern“ anlässlich der zehnten Wiederkehr des Tages, da
die Staatshoheit wechselte. Dr. Grazyński hat sich für die amtliche
Feier einige Minister, die ihm unterstellten Beamten und die von
der Regierung subventionierten Verbände verschrieben. Korzanty
dagegen wird großdehnt als sein einziger Mitarbeiter aus dem
Beuthener Lomnighotel an die Zeit vor zehn Jahren zurück-
denken. Und für keinen wird dieser Zentenartag ein Tag herberer
Enttäuschung sein als für ihn. So präsentiert sich das Bild der
Oberschlesier, von denen man annehmen müßte, daß sie sich unter
polnischer Herrschaft wohlfühlen würden. Wie aber muß es da erst
in den Herzen der Deutschen aussehen für die diese zehn Jahre
eine einzige Zeit schwersten Kampfes um ihr bedrohtes Volkstum
war. Ueber ihnen, aber nicht nur über ihnen, redet sich das kulturelle
Kreuz. Wohl in Ahnung dessen, was für das ostoberschlesische
Deutschtum kommen würde, hatte man — auch für die polnisch-
sprechende Minderheit in Ostoberschlesien — jenes Genfer Ab-
kommen geschaffen, das die entsetzliche Wunde des Schnittes durch
einen Volks- und Wirtschaftskörper lindernd verbinden sollte. Die
polnische Regierung hat aber vom ersten Tag ihrer Herrschaft mit
geradezu bewundernswürdiger Unermüdblichkeit alles versucht, die Be-
stimmungen der Genfer Konvention unwirksam zu machen. Auf dem
Gebiet der Schule fing es an. Hier wurden vollendete Tatsachen
geschaffen, ohne daß man sich um das Wähleramt jener interna-
tionaler Instanzen Sorge machte, die den Vertrag garantierten.
Die wohl begründeten Klagen der deutschen Minderheit, die auf allen
Programmen der Genfer Ratstagungen zu finden sind, sind ein-
drucksvollster Kommentar zu der systematischen Entdeutschungs-
politik. Aber sie sind eben nur — Kommentar, nicht aber vollstän-
diges Urteil. Und was die Behörden nicht tun konnten, das taten
die von der Regierung finanzierten Aufständi-
schen mit Revolvern, Knüppeln und Messern und die in die In-
dustrie hineingehobenen polnischen Direktoren mit dem Werkzeug
der Entlassung. Man braucht sich nur an die Terrorjahre des
Jahres 1930 zu erinnern, in denen die deutschen Stimmen gegenüber
den Wahlen zum Schlesischen Sejm im Mai des gleichen Jahres um
fünfzig Prozent „geknickt“ wurden, um die ganze Ungeheuerlichkeit
solcher Politik zu erahnen. Nirgendwo wird dieses kulturelle Kreuz
deutlicher sichtbar als am deutschen Schulwesen. Triumphie-
rend berichten dieser Tage polnische Blätter, daß nur noch sechs
Prozent der Schulanfänger für die deutschen Schulen angemeldet

Aufhebung des SU-Verbots.

Uniformen dürfen wieder getragen werden / Vor einem Mahnruf Sindenburgs

Berlin, 15. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
führer.) Die neue politische Notverordnung ist vom
Reichspräsidenten am Mittwoch bereits unterzeichnet worden und
am Donnerstag veröffentlicht, so daß sie vom Freitag an in
Kraft tritt. Am Mittwoch nachmittag ist sie in einer Länderkon-
ferenz vom Reichsinnenminister den Vertretern der Länder zur
Kenntnis gegeben worden. Ihr Inhalt ist ja im wesentlichen be-
kannt. Sie bringt die angekündigte Erleichterung für die
Landesverwaltungen, durch die auch der Begriff des intellektuellen Landes-
vertragsstrafegekläft erfüllt ist.

Politisch am wichtigsten ist aber die Zurückziehung des
SU-Verbots und des Uniformverbots, so daß vom Frei-
tag ab die nationalsozialistischen Sturmabteilungen mit ihrem ganzen
Apparat wieder angezogen werden können, auch wieder das Recht
zur Verfügung haben. Die neuen Uniformen sind be-
reits fertiggestellt. Bei der Veranlassung von Umzügen oder von
Versammlungen in Uniform werden allerdings die Nationalsozia-
listen noch Schwierigkeiten haben, weil die landesrechtlichen Be-
stimmungen über Demonstrationsverbote weiter bestehen.

Juristisch ganz geklärt sind die Folgen der Aufhebung dieses
Verbots auch jetzt noch nicht. Die süddeutschen Länder-
regierungen haben an ihrem Widerspruch festgehalten
und haben geltend gemacht, daß, auch wenn von Reichswegen das
Verbot weg fällt, sie das Recht behalten, landesrechtlich ihre
Rechtsverhältnisse aufrecht zu erhalten oder sogar neu zu schaffen.
Das Reichsinnenministerium lehnt diese rechtliche Konstruktion ab,
weil Reichsrecht Landesrecht bricht, und hat deshalb die Verordnung
so gefaßt, daß dadurch gewissermaßen neues Recht geschaffen
wird, ein Eingriff der Landesbehörden also nicht angängig ist.
Nur der Regierung erweiterter Spielraum gibt, aber doch wohl
nicht, wenn ein neuer Tatbestand geschaffen ist, der für die bayrische
Regierung eine Handhabe zum Erlaß eines neuen Verbotes bieten
könnte. Nebenfalls rechnet das Reichsinnenministerium damit, daß
die Länder regierungen nicht zu einem Konflikt mit dem Reich
über die Aufhebung des SU-Verbots kommen werden und daß deshalb die neue Ordnung sich ohne
weiteren Schwierigkeiten kann, zumal vorgezogen ist, daß alle mili-
tärlichen Organisationen ihre Satzungen dem
Reichsinnenministerium einzureichen und unter Um-
ständen sogar Satzungsänderungen vorzunehmen haben. Damit ist
eine dauernde behördliche Kontrolle verbunden, so daß die Reichs-
regierung glaubt, die Gefahren, die aus dem Bestehen der Sturm-
abteilungen früher für den Staat hätten erwachsen können, beseitigt
zu haben.

Wie wir hören, wird übrigens gleichzeitig mit der Veröffentlichung
der Notverordnung ein Schreiben des Reichspräsidenten an den
Reichsinnenminister bekannt gegeben, worin Herr von Hindenburg zum Ausdruck bringt, daß er
die Aufhebung der Verbote verfügt habe in der Erwartung, daß
die Organisationen sich selbst disziplinieren würden, um Zusam-
menstöße zu vermeiden. Sollte sich dagegen herausstellen, daß
auch durch die neuen Erleichterungen Ruhe und Ordnung gefährdet
würden, dann müßte er sich vorbehalten, weitere Maßnahmen
zu ergreifen.

Die Städte zur Notverordnung.

Berlin, 15. Juni. Der Deutsche Städtetag weiß im
Hinblick auf die neue Notverordnung darauf hin, daß der Fehlbet-
rag der deutschen städtischen Haushalte für das Jahr 1933 die
Summe von 750 Millionen Mark erreichen würde. Die Er-
höhung der Reichshilfe von 230 Millionen auf 680 Millionen, also
um 450 Millionen bringe zwar eine fühlbare Erleichterung,
jedoch verbleiben von dem genannten Fehlbetrag auf diese
Weise immer noch 300 Millionen Mark, die durch Einsparungen an
den Ausgaben nicht aufgebracht werden könnten. Auch die Erhöhung
der Einnahmen sei durch die Realsteuersperre nur in beschränktem
Maße möglich, sodaß auf die Bürgersteuer wohl nicht
verzichtet werden könne. Die Auffassung, daß die Erhebung der
Bürgersteuer durch die neue Notverordnung nicht mehr möglich sei,
sei nach Ansicht des Städtetages irrig, da die Entscheidung über die
Weitererhebung dieser Steuer bei den Länderregierungen liege.

Der Reichsstädtebund erklärt, daß die Erhöhung der
Reichshilfe für die kleineren und mittleren Städte nur bescheidene
Auswirkungen haben werde. Auf die Bürgersteuer könnten
gerade die kleineren Städte nur schwer verzichten, da diese Steuer der einzige bewegliche Faktor ihrer Ein-
nahmen sei. So sei die Erhebung bzw. Erhöhung der Bürgersteuer
für die Kreisstädte die einzige Möglichkeit, ihren finanziellen Ver-
pflichtungen gegenüber den Kreisen nachzukommen.

Das Reichsinnenministerium weist entgegen anders-
lautenden Meldungen darauf hin, daß eine Möglichkeit der Länder,
die Bürgersteuer zu verlängern oder zu verdoppeln, nicht bestehe.
Die Bürgersteuer sei eine Reichsteuer und die Dietramszeller Not-
verordnung, die den Ländern lediglich das Recht, für sachliche Aus-
gaben vom Reichrecht abzugehen.

feien, während es vor fünf Jahren noch 25 Prozent waren. Dieser Rückgang ist nicht etwa ein Zeichen freiwilliger Polonisierung, er ist vielmehr sichtbarer Beweis, daß hier von polnischen Behörden, unterstützt von Aufständischen und Industrie, ganze Arbeit geleistet worden ist. Dazu versucht man eine innere Anshöhlung des deutschen Schulwesens durch widerrechtliche Bestellung polnischer Schulleiter und polnischer Lehrer an die deutschen Minderheiten-Schulen, Zuchtbarer noch ist die Verwüstung auf dem Gebiete der Mittel- und höheren Schule. Das deutsche höhere Schulwesen konnte überhaupt nur durch die Errichtung eines Privatgymnasiums gerettet werden. Aber schon hier zeigen sich wieder neue Schikanen. Die Schüler dieses Privatgymnasiums müssen als Externe vor einer polnischen Kommission maturieren.

So ist dieses Land dreifach ans Kreuz geschlagen. Und es ergibt sich eine bittere Bilanz. Denn allen wurden aus Erwartungen Enttäuschungen. Den Deutschen, weil man sie systematisch in ihren Rechten, die die Erhaltung des Volkstums garantieren sollen, verlehrt. Dem polnisch sprechenden Oberschlesier, weil er sieht, wie dieses polnische Obereschlesien, für das er sein Blut ließ, Domäne Landfremder Elemente wird. Jahn Jahre sind dahingegangen seit jenem Tag, daß polnische Truppen einrückten. Aber die zehn Jahre haben nicht vergessen lassen, daß dort ein Unrecht geschehen ist und ein Unrecht gut zu machen bleibt. Es ist Verpflichtung der Deutschen, aber auch jener Instanzen, die die Grenze zogen, die Oberschlesien geriet, dieses duldbene und leidende Volk unter dem dreifachen Kreuz nicht zu vergessen, jetzt nicht — und nicht in fünf Jahren, wenn der Schatz des Genfer Abkommens abläuft und dahinter eine ungewisse Zukunft droht.

Polnische Herausforderung.

Danzig, 15. Juni. Nachdem fünf englische Torpedobootszerstörer zum Besuch Danzigs gestern Abend auf der Reede geankert hatten, traf in der Nacht ganz überraschend der polnische Torpedobootszerstörer „Wicher“ ein und ankerte in unmittelbarer Nähe der englischen Zerstörer. Kurze Zeit, nachdem die englischen Zerstörer heute früh in den Danziger Hafen eingelaufen waren, lief auch der polnische Zerstörer in den Hafen ein und machte an der Westerpierle fest, ohne die vorgezeichnete Erlaubnis des Danziger Senats schriftlich oder telefonisch eingeholt zu haben. Der polnische Kommandant machte darauf dem englischen Kommandanten des Zerstörers „Campbell“ einen Besuch.

Das Verhalten des polnischen Zerstörers stellt eine der schwersten polnischen Herausforderungen gegenüber der Freien Stadt Danzig dar. Der Zerstörer hat unter Mißachtung der Anlaufbestimmungen, die auf Grund der letzten Völkervereinbarung von Danzig erlassen worden sind, den Danziger Hafen angefahren, noch dazu ausgerichtet zum Zeitpunkt des englischen Flottenbesuches.

Der englische Flottenbesuch wird in Danziger Kreisen mit großer Genugtuung aufgenommen. Heute vormittag fanden die amtlichen Besuche und Gegenbesuche statt.

Ein Schrift bei Gravina.

Danzig, 15. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das polnische Kriegsschiff „Wicher“ hat, nachdem die Regierung der Freien Stadt Danzig die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, die zur Regelung der danzig-polnischen Streitfragen vorgezogen sind, am heutigen Nachmittag den Danziger Hafen wieder verlassen.

Zu dieser amtlichen Mitteilung ist zu bemerken, daß Danzig sich aufgrund des Artikels 39 des Pariser Abkommens vom 9. November 1920 an den Hohen Kommissar des Völkerverbundes, Grafen Gravin, um eine Entscheidung in der Angelegenheit des Anlaufens des polnischen Kriegsschiffes gewandt hat. Der Artikel 39 bestimmt, daß jede Danzig-polnische Streitfrage dem Hohen Kommissar des Völkerverbundes zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Dieser Entscheidung ist das polnische Kriegsschiff dadurch zuvorgekommen, daß es heute nachmittag den Danziger Hafen bereits verlassen hat.

Die Suche nach dem Flieger Vertram.

Melbourne, 15. Juni. Einer der von der australischen Regierung mit der Suche nach den verschollenen deutschen Fliegern Hans Vertram und seinen Begleiter Klausmann beauftragten Flieger hat die „Altantik“ etwa 130 Kilometer nordwestlich von Wundaham entdeckt und damit die früheren Angaben der Eingeborenen als richtig bestätigt. Von den Fliegern war jedoch bisher keine Spur zu finden. Ein Schwimmer des Flugzeuges war entfernt und der entsprechende Flügel mit Pfeilen gesteckt. Somit ist die Maschine den Mitteilungen der Flieger zufolge anscheinend unbeschädigt.

Badisches Landestheater:

Gretchen aus Paris.

Große Oper „Margarethe“ von Charles Gounod neu einstudiert.

Das ist eine richtige große Oper und eine sehr gefühlvolle zugleich, und man muß, will man ihr gerecht werden, von einem Bergleich mit Goethes Wert absehen, hier wird ja auch nur die Liebesepisode herausgeholt und mit Sinn und handwerklichem Können in eine breit liegende Handlung gestellt. Es ist eine Liebesgeschichte, eine farbige, traurige, schöne, mit berühmten Namen, es ist Faust ohne Faustliches, es ist ein Kanakier, der sich nach Jugend und Liebe sehnt. Seine Grubelerei dauert eine Minute, dann ist es, als er Gretchen am Spinnrad erblickt, um ihn gesehen, und es stellt sich vor der Tenor als Liebhaber, als eiliger und weicher Ritter vom hohen C mit schmelzenden und schmerzenden Melodien, ein Tenor, der nur zu singen hat, in der Darstellung blieb bleiben kann und deshalb mit einigen konventionellen Armbewegungen auskommt.

Kammerjäger Wilhelm Kentwig legt ihn richtig an. Seine lyrische Stimme kommt der Aufgabe in glücklicher Weise entgegen, so daß er bei offener Bühne für den reichen Beifall des Hauses danken kann. Mehr zu spielen hat schon sein Begleiter Mephistopheles. Dieser Hällegeist ist eine virtuose Partie, man kann sie, wie an diesem Abend, so stark herausstreichen, daß Faust, der Liebhaber, dagegen verblaßt. Kammerjäger Adolf Schöpflin macht einen ironischen Teufel daraus, mit vielerlei Einzelzügen, die wieder einmal den Schauspielern, der in diesem Sänger steht, bewundern lassen. Er kommt als verschlagener Herr, spottend, grausam, ohne Mitleid, als heimlicher, unheimlich wirkender Schleicher, äußerlich als Kavaliere, als kalter Weltmann. Einmal wirkt er auch dämonisch und packend auf die Masse, wenn er sein Lied von der Nacht des Goldes singt und dabei auf seinem Degen die Begleitung klumpert. Sonst bleibt die Dämonie außen hängen, sie ist ja auch in der Musik nicht da. Viel mehr ist er Zauberer, Lenker der Handlung vor und hinter den Kulissen und, o teuflische Ironie, Kuppler im Dom.

Gounods „Margarethe“ ist nicht das deutsche Gretchen. Ihre Schmutzdarstellung zeigt ein lotteres Persönchen, das sich in mondäner Musik gefüllt und die Liebeswunderwelt, die bei ihrer Erscheinung am Spinnrad erklingt und später die Gartenzene überjohnt, ist weniger gefühlvoll, mehr sentimental. Es ist ein Gretchen aus Paris, von Gounod schon richtig empfunden, etwas lässig, bewußt, ruhig. Kammerjägerin Elise Blant, die offenbar noch etwas unter stimmlicher Indisposition zu leiden hatte, geht nicht zu Gounod hin, sie kommt geradezu von Goethe her und deutscher Uebersetzung, sie vertritt also nicht die französische Auffassung, sondern singt und spielt mit viel Gefühl, lieblich, blond, zurückhaltend, nachdenklich schwärmend im Garten, vor, bei und nach der in der Stimmung ganz eigenartigen Ballade vom König in Thule. Sie geht auf feierliche Wirkung hin und findet mit diesem Klang das Herz ihrer Hörer. Sehr schön die erste Begegnung mit Faust mitten in dem berühmten Walzer, mitten

Die Vernehmung Matuschkas.

Wien, 15. Juni. Am Dienstag begann nach Verlesung der Anklageschrift die Vernehmung des Angeklagten Matuschka. Zunächst weißt der Verteidiger Matuschka, Dr. Etlinger, darauf hin, daß Matuschka keine Mithelfer gehabt habe und in keiner Weise materiell interessiert gewesen sei. Den notwendigen Blick in die tatsächlichen Zusammenhänge werde das Gericht nicht bekommen. Die Frage nach dem Grund der Tat sei nicht gelöst. Es gebe aber eine Wissenschaft, die diese Klüde ausfülle. Das sei die Individualpsychologie. Er beantrage, Professor Dr. Alfred Adler als Sachverständigen hinzuzuziehen. Nach Anhörung eines Sachverständigen lehnte der Gerichtshof diesen Antrag der Verteidigung ab.

Unter lautstarker Stille fragt dann der Vorsitzende Matuschka erneut, ob er sich im ganzen Umfang der Klage schuldig bekenne. Der Angeklagte antwortet mit Ja und wendet sich erregt gegen seinen Verteidiger, daß dieser schlecht ausgesagt habe.

Seine weiteren Ausführungen sind ein unverständliches, mit ungarischen Worten vermisches Rauderwelsch, das er laut schreiend vorbringt. Erst allmählich wird er verständlich. Aus dem Gymnasium sei er herausgeworfen. Er schildert dann seine Einjährigzeit 1913 beim 6. Honved-Infanterie-Regiment, seine Kriegsauszeichnungen, seine Abkommandierung in eine Einjährigenschule und seinen Frontdienst, wobei er Kommandant einer Maschinengewehrabteilung gewesen sei. Unter großer Aufregung, weinend und schreiend, beschreibt er ein großes Kriegsgeschehen, in dem allein 20 Offiziere gefallen seien. Er habe alle acht Maschinengewehre schießen lassen und die Toten hätten meterhoch gelegen.

Matuschka erzählt dann von seiner Verheiratung, seinem Handel mit Petroleum und seiner Lehrtätigkeit in Cantavir. In Budapest habe er ein Gemischtwarengeschäft und drei Häuser gehabt. Dann erzählt er von der Gründung einer Aktiengesellschaft, deren erster Direktor und Vorsitzender er gewesen sei.

Nach Wien sei er zum zweiten Mal im Jahre 1927 in der Absicht, Häuser zu kaufen, gekommen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er schon in Paris gewesen sei, jagte Matuschka, er könne sich daran nicht erinnern. Auf die weitere Frage, wie ihm Wien gefalle, antwortet Matuschka, Wien sei schön, aber eine Sünde. In die Stephanskirche gingen die Leute nur, um sich in schönen Kleidern zu zeigen. Auf der Fahrt nach Budapest sei ihm ein Geist begegnet, der ihm nahegelegt habe, die Eisenbahnanschlüsse zu verlegen. (1)

Der Zweck der Anschlüsse sei gewesen, die Eisenbahndirektionen zu erschrecken. Er habe sie zwingen wollen, eine von ihm gemachte Erfindung über Zugführungsapparate, was er „technischen Umbau“ nennt, einzuführen.

Er schildert dann sehr wortreich, wie er sich diese Erfindung in der Praxis vorstellte. In Budapest habe er „auf Anraten des Geistes“, der ihm auch empfahl, eine Sekte zu gründen, das Haus, in dem sich das für die Sekte bestimmte Büro befand, mit allen Farben bemalen lassen. Diese Farben sollten das „Sinnbild aller Religionen“ sein, denen zu dienen er beabsichtigt habe. Der Geist sei immer dabei gewesen und habe ihm den Vorschlag gemacht, die Gegend von Ansbach zu einem Eisenbahnanschlusse zu benutzen. Dieser sei dann auch zur Durchführung gelangt. Seine Absicht sei auch gewesen, dadurch der Welt zu werden. Er habe gemollt, daß alle Zeitungen über ihn schrieben. Menschenleben habe er nicht aufs Spiel setzen wollen.

Der soziale Inhalt der Notverordnung.

Eine Rundfunkrede des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 15. Juni. Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer hielt im Rundfunk eine Rede über den sozialen Inhalt der Notverordnung, wobei er u. a. ausführte:

In der Sozialversicherung kommen die Gefahren zunächst von den wachsenden Beitragsverlusten. In der Invalidenversicherung werden 1932 die Einnahmen aus den Beiträgen um 40 Prozent geringer sein als 1929. In der Pensionsversicherung der Bergleute sind die Beitragsentnahmen gegenüber 1929 sogar um 60 Prozent zurückgegangen. Die Verluste stammen aus dem allgemeinen Niedergang der Wirtschaft. Zu den Beitragsverlusten kommt eine gefährliche Rückwirkung aus einem Teil der Versicherungsgesetze in den Jahren 1925—1929. Beim Wiederaufbau der Sozialversicherung nach der Inflation haben die Versicherungsgesetze die Leistungen in einem Maße ausgemittelt, das die Kräfte einer gesunden Wirtschaft übersteigt. Der echte Wert der Rentenversicherung bemisst sich aber nicht nach der Höhe der Renten. Der Wert der Versicherung liegt vielmehr in der dauernden Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger. Die Maßnahmen, die die Notverordnung trifft, haben gerade den Zweck, das vor fünfzig Jahren gegründete Versicherungsgut zu erhalten. Die Versicherungsträger werden für ihre Beiträge zwar einen geringen Nutzen, diesen aber sicher haben.

Nicht weniger dringlich und bedeutsam als die Rettung der Sozialversicherung ist die Anpassung der Vorschriften über die Arbeitslosenhilfe an die Lage des Arbeitsmarktes, die im ersten Kapitel der Notverordnung oollzogen wird. Die Regierung bemüht sich, soviel wie irgend möglich Arbeit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Ein besonderes Kapitel der Notverordnung befaßt sich mit der Arbeitsbeschaffung. Freilich muß man sich darüber klar sein, daß es nicht möglich ist, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der öffentlichen Hand der wirtschaftlichen Entwicklung eine entscheidende Wendung zu geben. Solche Maßnahmen können immer nur in begrenztem Umfang zur Behebung der Arbeitslosigkeit beitragen. Dazu kommt, daß gerade heute diese Möglichkeit, Arbeit zu beschaffen, durch die bekannte schwierige Finanzlage der öffentlichen Körperschaften und durch die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt ganz besonders beschränkt sind. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, muß man damit rechnen, daß der Haushalt im Jahre 1932 eine wesentlich höhere Durchschnittszahl der Arbeitslosigkeit bringen wird als 1931. Die Regierung hat eine Durchschnittszahl von annähernd sechs Millionen Arbeitslosen für das Jahr 1932 ihren Berechnungen zugrundegelegt. Wollte man die Unterstützungen nach den bisherigen Grundätzen weiterzahlen, so hätte das aufs Jahr berechnet über 3,5 Milliarden Mark erfordert. Das sind 500 Millionen RM. mehr

als im letzten Haushaltsjahr. Dabei stehen aber rund 400 Millionen weniger aus der Arbeitslosenhilfe zur Verfügung. Zur Durchführung einer gefunden Sozialpolitik bedarf es namentlich auch einer aktiveren Mitwirkung der Gewerkschaften. Ihre Mitarbeit ist gerade auch für das soziale Restort besonders wichtig und wertvoll. Ich betone mich gern zu dieser Wertung der Gewerkschaften, wie ich andererseits auch den größten Wert auf die Unterstützung der Arbeitgeber und ihrer Verbände lege. Ich werde mich bemühen, namentlich auch die Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiterschaft zu fördern und zu pflegen.

Vor dem Rundfunkvorzug des Reichsarbeitsministers Dr. Schäffer führte Reichsfinanzminister Freiherr von Cappi als Einleitung u. a. aus:

Als Vertreter des zur Konferenz nach Lausanne gereisten Reichsfinanzministers habe ich Ihnen über die Benutzung des Rundfunks durch die Reichsregierung folgendes zu sagen:

Die neue Reichsregierung legt Wert darauf, ihre Absichten und Handlungen dem deutschen Volke durch Benutzung des Rundfunks unmittelbar mitzuteilen. Soweit es die Umstände erlauben, werden nacheinander die Reichsminister persönlich zu Worte kommen. Das Neue an unseren Rundfunk-Ansprachen ist, daß wir nicht als Parteiredner für eine Regierungsmehrheit und ihre einzelnen Gruppen, für keinen Berufsstand und keine Klasse reden, sondern einzig und allein als Reichsminister, welche das Vertrauen unseres allverehrten Herrn Reichspräsidenten auf unseren schwerm Kösten berufen hat. Wir werden bei unseren Reden die Dinge so darstellen, wie sie von uns als richtig erkannt sind. Die Not unseres Volkes ist so groß geworden, daß wir ihm nichts vormachen, sondern ihm pflichtgemäß die bittere Wahrheit sagen, gleichviel, ob sie gern gehört wird oder nicht. Wir halten unser deutsches Volk für mündig genug, die Wahrheit zu hören und zu verstehen.

Sages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inzeratenteil.)

Donnerstag, den 16. Juni.
 Gendestheater: Die drei Musketiere, 20 bis nach 22.30 Uhr.
 Eintrachtclub: Borussia M. W. Schroeder-Dammburg über „Nadium“ 20.30 Uhr.
 Kaffee-Diner: Gesellschaftsabend.
 Kaffee-Wien: Sonderkonzert der Kapelle Arthur Jung.
 Kaffee-Kabarett Klub: Neues Programm.
 Gloria-Ballet: Kabarett vom Kurfürstendamm.
 Ballet-Verein: Ein Lieb, Ein Kuss, Ein Widel.
 Schauburg: Der Stolz der 3. Kompanie.
 Stehdens-Verein: Der Hochadler. — Ton-Beiprogramm.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft:

Der Erfinder und Konstrukteur des Stahlhelms Prof. Schwerd 60 Jahre alt. Der ordentliche Professor, Diplomingenieur, seit Ende des Jahres 1911 als Nachfolger von Geheimrat Fischer die Fachgebiete Werkzeugmaschinen, Fabrikorganisation und Fertigkeit in Karlsruhe geboren, studierte er in Lausanne und München und begann seine berufliche Tätigkeit als Assistent bei Professor Dr. Zippel in München. Seit Ausbruch des Krieges bis November 1918 fand er als Hauptmann der Landwehr im Seeresdienst. In den letzten Kreisen bekannt wurde Professor Schwerd durch die Erfindung des Stahlhelms im Jahre 1915. Gelegentlich seiner Zusammenarbeit im Felde mit Geheimrat Professor Dr. Werner Berlin machte er Vorschläge für einen Helm, der infolge der Verwendung von hochverzigtem Chromnickelstahl bei einer für die Herstellung in Massenfabrikation geeigneten Form den bestmöglichen Kopfschutz gewährte. Das Kriegsministerium betraute ihn mit der Durchführung seiner Vorschläge, die in der Einführung des Stahlhelms im deutschen Heere ihr Ziel fanden. Auch nach dem Krieges aus dem Seeresdienst stellte Professor Schwerd seine reichlichen technischen und organisatorischen Fähigkeiten in den Dienst des Reiches, indem er als technischer Berater an der Umgestaltung der ehemaligen Waffen- und Munitionsfabriken, der Reichswehrbezugs Deutsche Werke A. G. mitarbeitete.

Der Schauspieler Franz Schönfeld gestorben. In Berlin ist einer der ältesten deutschen Schauspieler, der aus Karlsruhe stammende Franz Schönfeld im Alter von 80 Jahren gestorben und hat auch drei Jahre hindurch der Italienisch-Deisterreichischen Bank in Wien als Beamter angehört; aber das Theaterblut, der elterliche Erbe, führte dazu, daß er sich an Laube wandte, der ein vielversprechendes Talent erkannte und ihn für das Stadttheater engagierte. Von hier ging Schönfeld nach Dresden und später nach Berlin, wo er am Deutschen Theater, am Königl. Schauspielhaus und am Lessing-Theater aufgetreten ist. Aus dem Felde und dem Liebhaber seiner jungen Jahre war einer der erfolgreichsten deutschen Bombardanten und fomiichen Charakterdarsteller geworden. Erden vor wenigen Jahren hatte sich Franz Schönfeld ins Privatleben zurückgezogen.

Gundolfs Nachfolger. Als Nachfolger Friedrich Gundolfs hat die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg den Privatdozenten Richard Alwyn zunächst als Extraordinarius und den Lehrstuhl für neuere Literaturgeschichte berufen. Alwyn ist ein Schüler Gundolfs.

Die Bestände der Deutschen Bücherei in Leipzig haben, wie das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel mitteilt, nach knapp 20-jährigem Bestehen der Anstalt jetzt eine Million überschritten. Unter der Deutschen Bücherei besitzt Deutschland an Millionenbibliotheken noch die Preussische Staatsbibliothek in Berlin und die Bayerische Staatsbibliothek in München.

in den bald sich grazios wiegenden Melodien, bald pridelnden, bald charmannten, bald schwärmerisch verliebten. Sehr fein auch der Schluß, der als Keitain, dem armen verwirrten Kinde nochmals vom Orchester herauf die Erinnerungen an schöne Stunden zuehrt, den Walzer, das Liebesduett, den Jubel der Liebe aus der Gartenzene, der hier nun Jubel der Erlösung wird; hier feiert einer der inneren Widersprüche der Oper Triumph: wenn es ans Sterben geht, dann muß der Komponist erst anfangen zu leben, um zu paden, zu überzeugen.

Dans Ritischl singt den Valentin mit Ausdruck und Sicherheit. Die Martha Schwerdtlein der Elfride Habertorn hat Humor. Die Studenten Siebel und Brandner sind bei Emma Seiberlich und Joseph Gröckinger in besten Händen. Ausgezeichnet die von Georg Hofmann einstudierten Soldatensöhne. Auch das Ballett im ersten Akt, ein schlichter Volksanzug, findet in der Fassung von F. Dooral Gefallen; für die Walpurgisnacht wäre ein funtelnder Krustkaal erwünscht, denn es soll doch im Stile der großen Oper ein tolles, zündendes Bachanale sein und eine dekorative Wirkung haben im Sinne der dekorativen Musik. Die übrigen Bilder aus der mittelalterlichen Kleinstadt stellt Loriten Hecht sehr stimmungsvoll und Margarete Schellenberg bringt Farbenreue in die Kostüme. Eine glückliche Vereinfachung hat der Schluß erfahren, das Opern-Panoptikum ist eingetauscht gegen eine blaue, von goldenen Sonnenstrahlen verklärte Himmelsapothek. Generalmusikdirektor Joseph Krupis musiziert mit dem ausgezeichneten Orchester vorzüglich. Die breitbogige melodische Lyrik, die weiche, gefühlvolle Art Gounods, in der auch Flaches und Banales mitläuft, hat wieder alle Wirkung für sich. Viktor Bruscha ordnet den Verlauf und bringt in die Chorauftritte Leben und Bewegung.

Die Lichttechnische Gesellschaft Karlsruhe

Am Dienstag Abend im gut besetzten Chemisch-Technischen Institut der Technischen Hochschule eine Sitzung ab, zu der auch zahlreiche Ärzte als Gäste erschienen waren. Dr. med. R. Böttler, Karlsruhe, sprach mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, auf medizinischen Erkenntnissen fußend, über „Die therapeutische Anwendung der Ultraviolettstrahlen und ihre Dosierung“. Ausgehend vom Prinzip Licht und seinen Wirkungen gab er zunächst einen geschichtlichen Ueberblick und schilderte dann eingehend die technischen und biologischen Vorbedingungen, wobei er auf die verschiedensten Ansichten medizinischer Sachverständiger hinwies und dazu auch kritisch Stellung nahm. Er berichtete von der erfolgreichen Anwendung der Ultraviolettstrahlen, betonte aber auch, daß sie durchaus kein Allheilmittel gegen alle Krankheiten seien. Dr. Böttler beschäftigte sich weiter eingehend mit dem Begriff des Pigments und der Dosierung der Ultraviolettstrahlen und streifte auch kurz die Möglichkeit, daß Ultraviolettstrahlen als Krankheitsursache auftreten. Im zweiten Teil seines durch Lichtbilder ergänzten Vortrages besprach Dr. Böttler verschiedene der zur Anwendung kommenden Lampen. Eine Aussprache, in der u. a. Direktor Berger noch verschiedene Lichtbilder vorführte, schloß sich an.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 18. Juni 1932.

Dem Sommer zu!

In verschwenderischem Reichtum blüht der Hollunder und strömt seinen betäubenden Duft in den milden Abend. Der Frühling gemahnt uns, daß er am Ende ist. In den Gärten ist die erste Fruchtlese. Auf den Feldern singt und schwingt die Sense des Schnitlers. Wo eben noch alle Farben geleuchtet hatten, da weht jetzt der süße, schwere Geruch des jungen Heues. Die Tage des Blühens und Prangens sind übergegangen in die Zeit der Reife und Frucht. Das Jahr drängt dem Sommer zu.

Zunächst ist's, als gönnte sich die Natur zwischen Frühjahr und Sommer eine kurze Zeit des Einhalts, der Ruhe und Erholung. Aber nur kurze Zeit. Auch der Sommer hat noch viel blühende und leuchtende Schönheit. Bald setzt der Jasmintrauch die Knöpfe zu seinen Blüten an. Bald werden die Lindenbäume überschüttet sein von dem goldgelben Meer ihrer Blüten. An sonnigen Gärten spitz da und dort schon ein Fleckchen Weiß oder Rot aus festen Rosenknospen und in wenigen Tagen entfallen die Rosen ihr Blätterkleid. Dann sind die Tage der Rosen. Dann steht der Sommer im Land.

Auf den Feldern blüht das Korn. Das Grün der Aehren färbt sich langsam unter dem Gluthauch der Sonne. Knallig prökt roter Lohn in den Getreidefeldern und bescheiden lugt die blaue Kornblume aus dem Meer der wogenden Halme. Vielfältiger regt sich das Bauernleben. In den Gärten schwärmen die Immen, die Grillen zirpen. Und die Abende sind reich und glücklich vom jungen Segen der Erde.

Die Urlaubszeit winkt. Stärker und stärker leht der Reiseverehr ein. Ferienpläne werden entworfen, Entwürfe ausgearbeitet, geeignete Erholungsorte ausgesucht, es wird überlegt, geprüft, gerechnet. Die Sommerwochen kommen, die für die Erholung der Stadtmenschen von so großer Bedeutung sind. Die Hauptferien beginnt und damit die Zeit, auf der die wirtschaftlichen Hoffnungen gerade uneres Landes ruhen.

Möge der Sommer die Erwartungen und Wünsche, die wir auf ihn setzen, wenigstens zum Teile erfüllen.

Zerstörte Natur.

Was Bergwachtleute beobachten:

Nicht selten begegnen wir im Walde oder an sonniger Halbe Menschen, die sich anscheinend interessiert irgendwo zu schaffen machen. Bald verfolgen sie den Weg eines Käfers oder eines Urinsektes, oder bewundern die Farbenpracht eines Schmetterlings, der von Blume zu Blume fliegt. Ein anderer hört dem Singen eines Vogels aufmerksam zu oder verfolgt dessen Flug, bis sich dieser irgendwo niederläßt, wo ein Nest mit lieblichen Jungen sich befindet, die begierig auf Nahrung warten.

Sobald sich das Nest auf Bäumen oder sonst unzugänglichen Orten befindet, wird es kaum jemandem einfallen, als Störenfried näher zu treten. Ist aber ein Nest in leicht erreichbarer Nähe, so ist der Mensch gerne versucht, hinzugehen, um zu schauen. Gar leicht wird dann aus dem „Schauen“ ein „Berühren“ oder „Nehmen“. Nicht selten werden dann die Vogelkinder das Nest nicht mehr bestreuen und die armen Vogelkinder gehen zugrunde. Also wegbleiben aus der Kinderstube der Vogelwelt. Von den Menschen, die ganze Vogelnester ausheben, wollen wir heute gar nicht reden.

Andere Menschen findet man damit beschäftigt, ihre Studien an Ameisen und deren Wohnungen zu machen. Soweit sich das Studium auf den Fleiß der Ameisen bezieht, als Anregung zur Nachahmung, ohne den Ameisenhaufen zu zerstören, ist nichts einzuwenden. Bierschach aber geht das Interesse noch weiter, die Wohnungen werden nicht selten mit roher Hand zerstört. Da wollen sie den Wunderbau schauen und stoßern mit einem Stock in dem Ameisenhaufen herum. Aufgeregt wimmeln und rennen die Tiere durcheinander. Der durch Fleiß und Ausdauer mühsam zusammengetragene Haufen ist mutwillig zerstört. Wozu denn? Das Kunstwerk der Ameisen, ein Wunder, durch kleine schwache Tierchen zustande gebracht, mit vielen Gängen und Hallen, in denen oft der Wintervorrat schon zusammengetragen liegt, ein wohl geordneter Staat, ist in wenigen Minuten der Neugierde, Laune und Willkür scheinbar naturliebender Menschen zum Opfer gefallen.

In vielen Staaten genießen auch die Ameisen gesetzlichen Schutz, weil deren Anwesenheit für den Wald von großer Bedeutung ist. Auch die meisten Käfer sind für den Wald nützlich, sie lodern z. B. den Boden und haben Aufgaben zu erfüllen, die dem gewöhnlichen Sterblichen nicht immer verständlich sind.

Daher ergeht die Bitte: Duale nie ein Tier zum Scherz, denn es fühlt wie du den Schmerz. In der Natur aber laß allem Getier das Leben, diejenige Tiere, die zum Schaden sind, haben beruene und mit der Materie bestens vertraute Menschen sachgemäß zu entfernen.

Merke dir wohl: alles sind Geschöpfe Gottes, zu bestimmten Zwecken vorhanden. Sie haben dieselbe Lebensberechtigung wie der Mensch, der sich so gerne „Krone der Schöpfung“ nennt. Wohlstand denn, betrachte dich wehrlosen Geschöpfen gegenüber als „Krone der Schöpfung“ und zeige mehr Gefühl für die belebte und unbelobte Natur.

Die Wissenschaft im Dienste der Siedlung.

Die Frage der Eignung.

Bei der Bewältigung des Arbeitslosenproblems durch Siedlung hat auch die Wissenschaft eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Bittere Enttäuschungen und große Kosten können erspart werden, wenn man den Menschen, die aus ihrem bisherigen Arbeitsfeld in ein neues verlegt werden, voransagen kann, ob sie den Anforderungen des erwählten Berufes körperlich und geistig entsprechen.

Die bisherigen Erfahrungen mit Siedlungen waren zum größten Teil ungünstig. Wenn man einen neuen Versuch auf breiterer Grundlage unternimmt, muß man wissen, worauf diese Rückschlüsse zurückzuführen sind. Waren die Menschen, die man zu Siedlern machte, ungeeignet für diesen Beruf? Welche Menschen sind aber geeignet? Wie kann man sie erkennen?

Auf jeden Fall wird der notwendige Berufswechsel die Frage einer schnellen An- und Umlernung der geeigneten Kräfte aufwerfen. Es bedarf einer geistigen und körperlichen Umstellung von der streng geregelten, unselbständigen Arbeit im Fabrikhall, die teilweise geringe Anforderungen an den motorischen Apparat des Menschen stellt, auf eine selbständige Lebensführung, die unter eigener Verantwortung vollen Einsatz des Menschen erfordert. Die Anpassungsfähigkeit an schwere Arbeit in Wind und Wetter, die der geborene Landwirt von Jugend auf besitzt, muß von den Siedlern im fortgeschrittenen Alter und in kurzer Zeit erworben werden. Hier gewinnen alte Fragen der Arbeitsphysiologie aktuelle Bedeutung. Der aus den Wertungen der Industrie hervorgegangene Siedler muß sich an das Werkzeug und die Arbeitsweise des Landwirts gewöhnen. Das beste auf physiologischer Grundlage hergerichtete Werkzeug wird sich bei ihm logar leichter einführen als bei dem an Lieberlieferung gebundenen Landwirt. Hierdurch kann der Vorsprung an praktischer Erfahrung, den die eingeweihten Landwirte vor dem Siedler voraus haben, mindestens zum Teil ausgeglichen werden.

Die Rolle der Arbeitswissenschaft im Wirtschaftsstamp ist deutlich erkennbar. Aber die Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgaben ist ein rechtzeitig geschaffener wissenschaftlicher Unterbau. Sätzen unsere Chemiker nicht schon vor dem Weltkrieg die katalytischen Verfahren für die Verwendung des Luftstickstoffes ausgearbeitet, so hätten wir unser Pulver buchstäblich schon nach sechs Monaten verschaffen. Würde die Arbeitsphysiologie nicht heute schon einen großen Erfahrungsschatz auf dem Gebiete Körper und Arbeit sammeln, so würden wir morgen mit leeren Händen dastehen, wenn diese Fragen zu Schicksalsfragen uneres Volkes geworden sind.

Bitte Ihren Paß.

Ab 1. Juli neue Paßbekanntmachung in Kraft.

Der Reichsminister des Innern hat zu dem wiederholt abgeänderten Gesetz über das Paßwesen vom 12. Oktober 1867 eine neue Paß-Bekanntmachung von nicht weniger als 80 Paragraphen erlassen, die am 1. Juli 1932 in Kraft tritt und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen aus dem Jahre 1924 aufhebt.

Die wichtigsten Bestimmungen sind nachstehend zusammengefaßt: Deutsche Pässe werden als Reisepässe, Dienstpässe, Ministerialpässe und Diplomatenpässe nur Reichsangehörigen ausgestellt, außerdem werden Fremdenpässe ausgegeben.

Reisepässe werden als Einzelpässe oder als Familienpässe ausgestellt. Familienpässe können Ehegatten, sowie Eltern oder Elternteile mit ihren Kindern unter 15 Jahren zu Gemeinschaftsreisen ausgestellt werden. Familienpässe können auch zu Einzelreisen benutzt werden, jedoch nicht von den Kindern.

Für die Ausstellung von Reisepässen sind im Inland die von den zuständigen Landeszentralbehörden bestimmten Behörden, im Ausland die vom Auswärtigen Amt ermächtigten Vertretungen zuständig (Paßbehörden). Derlich zuständig für die Ausstellung eines Reisepasses ist die Paßbehörde, in deren Bezirk der Paßbewerber seinen Wohnsitz bzw. Aufenthalt hat.

Zur Erlangung eines Reisepasses ist das persönliche Erscheinen des Paßbewerbers bei der Paßbehörde erforderlich. Bei Familienpässen genügt das persönliche Erscheinen der zur Unterschriftsleistung im Paße verpflichteten Person. Die Paßbehörden können in einwandfreien Fällen auf das persönliche Erscheinen des Paßbewerbers verzichten.

Das im Reisepaß anzubringende Lichtbild des Paßinhabers muß aus neuerer Zeit stammen und die Gleichheit der dargestellten Person mit dem Paßinhaber zweifelsfrei erkennen lassen.

Reisepässe gelten in der Regel für das In- und Ausland; sie werden im allgemeinen auf die Dauer von fünf Jahren ausgestellt. Die Geltungsdauer eines auf eine kürzere Zeit als fünf Jahre ausgestellten Reisepasses kann bis zur Gesamtgeltungsdauer von fünf Jahren vom Ausstellungstag ab verlängert werden, auch wenn der Verlängerungsantrag erst nach Ablauf der Geltungsdauer des Passes gestellt wird.

Der Reisepaß wird, in der Regel ohne Angabe von Gründen, verjagt, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß durch

ihn deutsche Interessen gefährdet werden; ebenso, wenn anzunehmen ist, daß sich der Paßinhaber z. B. einer Strafverfolgung, seinen steuerlichen Pflichten oder seinen gesetzlichen Unterhaltspflichten entziehen will. Ein Reisepaß zur Rückkehr in das Reichsgebiet darf nicht verjagt werden.

Minderjährige dürfen Reisepässe nur mit Einwilligung des gesetzlichen Vertreters ausgestellt werden.

Der Reisepaß kann dem Inhaber ohne Angabe von Gründen entzogen werden, wenn Tatsachen bekannt werden, welche die Verlangung eines Passes gerechtfertigt hätten.

Dienstpässe werden für Reisen, die im amtlichen Auftrag unternommen werden, ausgestellt; Ministerialpässe und Diplomatenpässe können nur vom Auswärtigen Amt und von den zuständigen Landeszentralbehörden erteilt werden.

Fremdenpässe, die nur auf die Dauer eines Jahres ausgestellt werden und jeweils im höchsten ein Jahr bis zu insgesamt fünf Jahren verlängert werden können, erhalten nichtreichsangehörige Personen, denen die Beschaffung eines Heimatpases nicht möglich oder aus besonderen Gründen nicht zumutbar ist. Alle nichtreichsangehörige Personen müssen sich sowohl beim Grenzübertritt als auch beim Aufenthalt im Reichsgebiet durch einen Paß über ihre Person ausweisen (Paßzwang).

Für reichsangehörige und für nichtreichsangehörige Kinder unter 15 Jahren gilt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis (Kinderausweis) als Paßersatz.

Reichsangehörige bedürfen zum Grenzübertritt keines Sichtvermerks, dagegen ist bei der Einreise in das Reichsgebiet für Ausländer ein Sichtvermerk erforderlich, soweit nicht zwischenstaatliche Vereinbarungen bestehen. Für den gemeinschaftlichen Grenzübertritt von Personengruppen können Sammelvisas als Paßersatz ausgestellt und nötigenfalls Sammellichtermerke erteilt werden, wenn die Reise der Wahrung kultureller, volkswirtschaftlicher oder sonstiger erheblicher deutscher Belange dient und keine politischen Bedenken bestehen.

Für den Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet in nichtgeschlossenen Jügen können besondere Ausweise als Paßersatz ausgestellt werden.

Heiterer Theaterabend

des Arbeitsausschusses für Bildungsmahnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft.

Die Karlsruher Notgemeinschaft, jene segensbringende Einrichtung zur Linderung der materiellen Not, hat über den Sommer ihre Tätigkeit eingestellt. Erfreulich ist aber, daß sie ihre Tätigkeit zur Hebung der geistigen Not derer, denen die schwere Zeit Arbeit und Verdienst genommen hat, fortsetzt. Es wird durch diese Veranstaltungen unterhaltender Art den Menschen, die sich keinerlei Zerstreuung wie Theater, Kino usw. leisten können, leichter gemacht, die materiellen Sorgen zu tragen und neue Hoffnungen zu schöpfen.

Das ist auch das Hauptziel des Theaterabends, den der Arbeitsausschuß für Bildungsmahnahmen vergangenen Dienstag im großen Saal des Studentenheims veranstaltete. Das Verdienst dieses Abends ist um so höher einzuschätzen, als es dem äußerst rührigen und geschickten Leiter und Anführer des Abends, Herrn Kurt Amerbacher, gelungen ist, mit ungeübten Leuten, die allerdings mit großer Lust und Liebe ihre schwere Aufgabe erledigten, zwei Schwanzaufführungen in ausgezeichneter Darstellung herbeizubringen.

Der erste Schwan, benannt „Das Geburtstagspaar“, verdankte seinen durchschlagenden Erfolg in der Hauptsache der sehr guten darstellerischen Leistung von Herrn Gustav Kabelik als Bäckergehilfe Alwin. Auch die anderen Darstellerinnen und Darsteller, Erna Schön, Josefa Essig, Willi Kumpff und Karl Faber, gaben ihr Bestes und stellten damit den Erfolg sicher.

Die zweite Aufführung, ein zweitägiger Schwan, „Im Hotel Gimbelang“, überraschte durch die treffende Wiedergabe ihrer Rollen durch die Herren Anton Schwan, Max Ed. Herm. Bach, Karl Langenbach und Fr. Gertrud Kabelik, die sich mit verblüffender Siderheit auf den Brettern bewegten und ausgesprochene Theaterbegabung zeigten. Auch die übrigen Mitwirkenden, Ella Wieder, Mina Oberst, Bertl Jacob, Kurt Böhl, Artur Meyer, Willi Claus und Theo Fromm, fühlten sich in ihre Rollen portrefflich ein. Der Beifall und das herbeizubringende Lob der Zuhörer waren der Dank für ihre Mühen und sollen Ansporn zu weiteren Leistungen sein.

Als Umrahmung des Theaterprogramms spielte das Orchester des Mandolinervereins „Edelweiß“, gegr. 1913, unter der tüchtigen Stabführung von Herrn Max Paul in sauberer musikalischer Weise eine Ouvertüre von Lippardi und ein Potpourri aus „Toussadour“ und Glühwürmchen-Opus von Lunde. Weiterhin sang unter Leitung des akademischen Musikdirektors Herrn Heinrich Cassimir frisch und klar der Singkreis vier ansprechende Lieder im Volkston: „O, wie so schön und gut“, „Leise zieht durch mein Gemüt“ und „Weiß wie ein schönes Blümelein“.

In Begleitung des Mandolinervereins sang Otto Brähler mit seiner wohlklingenden, gutgeschulten Baritonstimme noch ein hübsches Walzerlied.

Der reiche Beifall der trotz der Hitze zahlreich Erschienenen dankte den Beteiligten für aufopferndes und selbstloses Bemühen und für die ausgezeichneten Leistungen. Derartige Abende können nicht oft genug gegeben und ihr Wert für die geistige und seelische Haltung für die, die ohne Arbeit sind, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Hauptversammlung des Badischen Hauptvereins der Gustav Adolf-Stiftung findet in Karlsruhe am 19. und 20. Juni statt. In der auf Sonntagmorgen 3 Uhr einberufenen, öffentlichen, 20. Volksversammlung im großen Festsaal wird Universitätsprofessor Dr. C. Schneider-Riga über Ergebnisse bei Gustav Adolf-Gemeinden in vier Erdteilen sprechen. Die Feler wird umtraut von musikalischen Darbietungen.

Ernennungen — Versetzungen — Zurufbefehlungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums:

Ernannt: Landgerichtsrat Guido Kötig in Konstanz zum Amtsgerichtsrat in Biberach. Erster Staatsanwalt Dr. Richard Huber in Konstanz zum Landgerichtsrat dalecht. Amtsgerichtsrat Dr. Hans Doppenstein in Biberach zum Amtsgerichtsrat in Biberach. Landgerichtsrat beim OLG in Osnabrück zum Ersten Staatsanwalt in Konstanz. Staatsanwalt Oscar Herz in Karlsruhe zum Landgerichtsrat in Kehl. Gerichtsassessor Wilm von Müllenfels aus Wolfenbüttel zum Staatsanwalt beim Landgericht Waldshut.

Berufen: Staatsanwalt Friedrich Stelldorfer in Waldshut nach Karlsruhe.

Zur Ruhe gestellt auf Antrag: Justizoberinspektor Friedrich Brecht beim Amtsgericht Biberach.

Aus Beruf und Familie.

Dienstjubiläum. Bei der Sitzung Karlsruher Kaufmännischer und Lehrereisen-Vereins am 17. Juni in Karlsruhe, feierte am Mittwoch Herr Karl Dietrich aus Karlsruhe, Abteilungsleiter, sein 25-jähriges Dienstjubiläum. Von der Direktion wurden dem Jubilar eine Ehrennabe und das Diplom der Handelskammer Karlsruhe übergeben. Auch seine Kolleginnen und Kollegen ehrten den Jubilar durch Geschenke.

Voranzeigen der Veranstalter.

Kaffee Bauer: Auf den heutigen Tanzabend der Turnhalle Ernst Walter sei hingewiesen. Café Museum: Die Hauskavalle Arthur Jung gibt heute Donnerstagabend ein Sonderskonzert.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Todesfälle: Helene H. H., geb. Wieland, 64 Jahre alt, Witwe von Carl H. H., Schmiech, Maria Weibel, 78 Jahre alt, Kellnerin, Lohr, Helene Schreiner, Giesmann, 64 Jahre alt, Sofie Schindler, 62 Jahre alt, Witwe von Josef Schindler, Walckemeyer.

Lebensmittel

Plockwurst Pfund 98 ⁷	Vierfrucht-Marmelade 70 ⁷	Frischer Salat große Köpfe St. 5 ⁷
Mettwurst Pfund 95 ⁷	2 Pfund-Eimer 70 ⁷	Gelbe Rübschen Bdl. 5 ⁷
Bierwurst Pfund 78 ⁷	Pudding-Pulver sortiert 5 ⁷	Rettiche Bdl. 8 ⁷
Knackwürste 2 Stück 25 ⁷	Pudding-Schokolade 7 ⁷	Schotenerbsen Pfd. 30 ⁷
Landjäger 3 Paar 50 ⁷	Vanillin-Zucker 3 Paket 10 ⁷	Frische Gurken Stück 20 ⁷
Amerikanisches Fett Pfund 40 ⁷	Eier-Makkaroni u. Spaghetti Pl. 45 ⁷	Zwiebeln Pfund 10 ⁷
Garantiert reines	Getrocknete Aprikofen Pfd. 48 ⁷	
Dän. Schweinefett . Pfund 45 ⁷		
Sennebutter Pfund 1.10	Für die heißen Tage:	
Landbutter Pfund 1.10	Citronen 5 Stück 20 ⁷	Saftige Orangen . . . Pfund 35 ⁷
Molkereibutter Pfund 1.28	Himbeersaft . . . Flasche 95 ⁷ 45 ⁷	Bananen Pfund 38 ⁷
Schweizerkäse ¼ Pfund 48 ⁷	Orangeade ¼ Liter 95 ⁷	Eispulver Karton 23 ⁷
Allg. Stangenkäse in Laib. Pfd. 38 ⁷	Schokotrunk, kalt • Ab Donnerstag Gratiskostproben	
Suppenhühner Pfund 78 ⁷	Täglich frische Erdbeeren	heutiger Preis 38 ⁷ in Körben, 4 bis 5 Pfund, Pfd. von 36 ⁷
Junge Hahnen Stück 1.35		

KNOPF

